

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 496.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle und Provinz 2.50 Mtl. durch die Postbezugsstelle für Halle und Provinz.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische
Druckerei (Halle), J. J. Unterhaltungs-Verlag (Sonntagsheft), Halle, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Abendausgabe für die sächsische Provinz: Halle und Provinz 2.50 Mtl. durch die Postbezugsstelle für Halle und Provinz.
Druckerei für Halle und Provinz 2.50 Mtl. durch die Postbezugsstelle für Halle und Provinz.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische
Druckerei (Halle), J. J. Unterhaltungs-Verlag (Sonntagsheft), Halle, Mittelstraße.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Sonnabend, 21. Oktober 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Zwei Seelen in liberaler Brust.

Nicht nur die sogenannten nationalen, sondern sogar die meisten der sogenannten fortschrittlichen Liberalen, die zurzeit als Reichstagsabgeordnete oder Kandidaten solcher agitorischer Arbeit, sondern in allen überwiegen ländlichen Bezirken den Sörern zu, daß sie als Abgeordnete für die Aufrechterhaltung der jetzigen Agrarverhältnisse und der notwendigen Seuchenbürgerbestimmungen eintreten würden. Diefelben Parteigänger und ihre Presse werden aber andererseits und andernorts immer stürmischer in ihren Forderungen nach sofortiger Herabsetzung oder Aufhebung der verschiedenen Agrarabgaben, weil solche notwendig sei, um der angeblich unerhörten Not und Teuerung im Lande ein Ende zu machen. An anderer Stelle haben wir bereits darauf hingewiesen, daß es unter Umständen diesen Liberalen gar nicht darauf ankommt, das Bestehen eines Platzes, einer gefährlichen Teuerung rundweg abzutreiben. Königsberg, Hamburg.)

Aber weiter. Auf der einen Seite richtet man die schärfsten Angriffe gegen die Regierung, die sich angeblich aus Rücksicht auf die „nur am Kornbau interessierten Großbauern“ nicht dazu bereit zeige, die sogenannten „Zukunftsmittelgälle“ auf Mais, Gerste und Hafer aufzuheben, um den angeblich allein von der Viehzucht lebenden deutschen Bauern eine billigere Fütterung und dadurch weiter den Städten billigeres Fleisch zu beschaffen. Nun hatte die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages diese liberale Forderung teilweise aufgenommen und an den Bundesrat das Verlangen gerichtet, zwar nicht den Zoll für Mais und Gerste aufzuheben, wohl aber den an der Grenze erhobenen Zoll den deutschen Viehzüchtlern bei Ankauf dieser Früchte zu Futterzwecken zurückzugeben. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es scheinen, als ob auf diesem Wege tatsächlich eine kleine Verbilligung dieses Viehfutters erzielt werden könnte. In der Tat würde der internationale Großhandel unter den obwaltenden Verhältnissen durch entsprechend erhöhte Preisforderungen dieser für die Konsumenten geplante Verbilligung noch leichter und vollständiger zu seinen Gunsten ausbauen, als dies z. B. jetzt mit den Braunkohlimporten aus unteren Gürtelländern getan hat. Daran zweifelt niemand weniger als unsere mit diesem internationalen Großhandel vertrauten Liberalen, wenn sie dieser Auffassung auch nicht alle so offenherzig Ausdruck geben, wie die alte Fortschrittspartei. „Woh“, die diesbezüglich schrieb, es müßte doch recht zweifelhaft erscheinen, ob gerade die kleinen Landwirte von einer Rückvergütung der Zölle auf Mais und Gerste Vorteile haben würden.

Nun, wenn das schon recht zweifelhaft ist, dann muß es vollkommen klar sein, daß eine einfache Zollsuspension in vollem Umfange dem Großhandel, besonders dem ausländischen, in den Schoß fallen würde. Die Liberalen, welche so stürmisch nach dieser Maßregel verlangen, haben also dabei keineswegs den vorgedachten Zweck, den bäuerlichen Viehzüchtlern oder den Fleischkonsumenten Deutschlands einen Vorteil zu verschaffen, sie „tun man so“, und zwar in ausgedehnter demagogischer Weise. Von den vierhundert Millionen, die der Reichstag durch diese Zollsuspension verlieren würde, würde kein Pfennig den deutschen Viehfürheren oder den bäuerlichen Viehzüchtlern zugute kommen, die ganze Summe würde eine Liebesgabe für den internationalen Großhandel bilden, dem unser Liberalismus wohl gern dazu verhelfen möchte.

Allein diesen Großhandel zuliebe wird auch die Forderung nach unbeschränkter Zulassung ausländischen Schlachtviehs oder Fleisches von liberaler Seite erhoben. Diese Forderung ist so recht geeignet, die deutschen Bauern darüber aufzuklären, wie wenig Rücksicht auf ihre Lebensinteressen sie in Wahrheit bei jenen heuchlerischen Freunden auf der linken zu erwarten haben. Kein Bauer wird sich doch dadurch täuschen lassen, daß dieselben Leute, die sonst immer den Bauern als allein von der Viehzucht lebend in Gegensatz zu dem angeblich nur Körner verkaufenden Großgrundbesitzer stellen, hier bei ihrer Forderung freier Fleischimport vom Auslande her mit einem Male so tun, als ob dadurch nur die Interessen der wenigen Grobgroßhändler gefördert werden würden. Kein aufgeschärfter Bauer kann diesen liberalen Doppelseelen, diesen politischen Schauspielern, trauen, die sich heute als Beschützer der gegenwärtigen Agrarverhältnisse aufspielen und morgen ihre Befreiung fordern, die heute im Interesse der nur von der Viehzucht lebenden deutschen Bauern Forderungen sogenannter Futtermittelgälle fordern, obwohl sie wissen, daß die Bauern keinen Vorteil davon haben könnten und die morgen die zurzeit keineswegs übertrieben hohen Viehpreise durch ausländische Fleischimporte recht tief herabzubringen wünschen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Beschießung von Derna.
Die zweite Division des ersten italienischen Geschwadern, die aus dem Einheitschiff „Napoli“, den Panzerkreuzern „Pisa“, „Amalfi“ und „San Marco“, dem geschützten Kreuzer „Argobato“ und drei Torpedobootzerstörern besteht, erschien vor Derna am 16. Oktober früh. Eine Abordnung von Trägern kam an Bord des Admiralitätsschiffes, gab italienfreundliche Versicherungen ab und bat, daß die Stadt nicht bombardiert werde, da sie nur von einer kleinen Infanterieabteilung mit einigen Kanonen verteidigt würde. Es wurde von italienischer Seite die Aufforderung zur Uebergabe ausgesprochen; drei Türken, die an Bord gekommen waren, erklärten aber, nicht dazuwilligen zu können. Man ließ sie an Land zurückkehren und begann dann mit der Beschießung der Schützengräben und zweier Türme, die zerstört wurden. Darauf wurden Schalluppen mit Landungsabteilungen ausgesetzt und zu derselben Zeit das Bombardement verstärkt. Die Schalluppen trafen an Land und wurden von Gewehrfeuer empfangen, die keinen Schaden anrichteten. Inzwischen war das Meer derart bewegt, daß man es für richtig hielt, die Truppen, die noch nicht am Ufer angekommen waren, zurückzurufen. Am 17. Oktober herrschte den ganzen Tag heftiger Sturm, der jede Operation unmöglich machte. Am 18. Oktober wurden, sobald es der Wellengang erlaubte, neuerdings Landungsabteilungen entsandt, denen es gelang, die Stadt zu besetzen und die italienische Fahne zu hissen. Tagsüber war eine weitere Ausschiffung von Truppen, abgesehen von einer Abteilung Gevietruppen, unmöglich. Am 19. c. wurde die Ausschiffung der Truppen und Materialien wieder aufgenommen.

Widerstand gegen die Italiener.
Der Deputierte für Bengasi, Scherman, teilt brieflich nach Konstantinopel mit, daß die Genuß in Stärke von 14 000 Mann ins Feld gezogen seien, um im Hinterlande von Bengasi der Italiener Widerstand zu leisten. Nach weiteren Witterungsberichten marschiert der Hauptling des Stammes Fezzan mit sechstausend Mann in der Richtung nach Tripolis, um sich den türkischen Truppen anzuschließen.

„Der Wert der deutschen Freundschaft“.
Das Konstantinopeler Organ der Gemäßigten Liberalen „Isabak“ wurde wegen eines deutschfeindlichen: „Der Wert der deutschen Freundschaft“ betitelten Artikels suspendiert. An Stelle des „Isabak“ erschien der „Madrasi“, der sich gegen die Suspension wehrt und damit droht, zu anderen Mitteln seine Zuflucht nehmen zu müssen, falls das Kriegsministerium sein Vorhaben fortsetzen sollte.

Der interimsistische Wali von Tripolis.
Witterungsberichten zufolge ließ die türkische Regierung der Bevölkerung von Tripolis die Ernennung Fethi Weiss zum interimsistischen Wali zur Kenntnis bringen und sie auffordern, ihm in allem Folge zu leisten.

Die Gefahr der Verwundungen am Balkan.
Wie nachdrücklich aus Konstantinopel verlautet, erkläre der Großvezir in der geheimen Kammerung am 19. c., bei der die Tripolisfrage handle es sich eigentlich um die Aufrechterhaltung der Orientfrage. Die Worte hoffe, durch Gewährung gewisser politischer, geographischer und wirtschaftlicher Zugeständnisse Entenzen abzuklären, dank denen auch die Tripolisfrage gemäß den Interessen und Rechten der Türkei gelöst würde. Auf die Aufforderung, nähere Aufklärung hierüber zu geben, erklärte der Großvezir, dies nur tun zu können, wenn die Kammer die Verantwortung für die Geheimhaltung übernehmen wollte. Schließlich erklärte er, der Minister des Auswärtigen habe soden eine Devische erhalten, wonach am dem Balkan die Gefahr der Verwundungen herannahe. Er verlange daher die Lösung die Kabinettsfrage innerhalb zweier Tage.

Der Boykott.
Der Führer der Vorkämpfer in Saloniki, Kerim Aga, hat die Dampfgeschäftsagenturen erwidert, mit Rücksicht darauf, daß gegen italienische Waren der Boykott verhängt worden sei, diese von der Förderung auszuschließen.

Die amerikanische Flotte.
Die Madrider türkische Blätter über das Erscheinen einer amerikanischen Flotte im Archipel hat sich als falsch herausgestellt. Gegenwärtig befindet sich im Mittelmeer nur der amerikanische Kreuzer „Geister“.

Die Grenze der Blockade wird verlegt.
Dem Neutrischen Bureau wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die Beschießung der türkischen Grenze der italienischen Blockade in Tripolis, die auch auf die Ringe von zweihundert Meilen östliches Territorium einschließt, auf einem Irrtum beruht, den die italienische Regierung durch eine Mitteilung an ihre auswärtigen Boten besichtigt. Als Grenze der Blockade ist der Golf von Solum festgelegt.

Telegramme nach Tripolis.
Die italienische Telegraphenverwaltung hat dem Internationalen Telegraphischen Bureau in Vorn angeigt, daß Tele-

gramme nach Tripolis nur in offenem Vorlaut und auf Gefahr der Absender zugelassen werden. Ausnahmsweise werden kurze Telegramme in Ziffern oder in vereinbarte Sprache zugelassen, wenn sie zur Beförderung über Italien aufgegeben werden, und wenn die Interessenten die von ihnen benötigten Codes in zwei Exemplaren, das eine beim Telegraphenamt in Rom, das andere beim Telegraphenamt in Tripolis niederlegen. (Siehe auch unter: „Letzte Telegramme“.)

Die Revolution in China.

Neuere liegen zu den Wirren in China die widersprechendsten Nachrichten vor. Einmal wird gemeldet, die Lage der Regierung bessere sich stündlich; später wird von einer völligen Niederlage der Regierung und dem siegreichen Vordringen der Revolutionäre berichtet und nach den uns zuletzt zugehenden Meldungen sollen dann wieder die Kaiserlichen siegreich sein. Es scheint fast, als ob dies letztere sich bestätigt. Doch lassen wir die einzelnen Meldungen selbst sprechen:

In sinesischen Regierungskreisen verläuft man, daß die Lage sich stündlich bessert, und daß der siesische Triumph der Regierung sicher sei. General Jinchang hat die Organisation der Truppen beendet, die mit großer Beschleunigung ins Feld gebracht werden. Von zuverlässiger Seite wird berichtet, daß die Konzentrierung zweier kaiserlicher Divisionen am Donnerstagabend in Kwangschui durchgeführt war. Dort wurde auch General Jinchang für gefesselt erwartet. Beträchtliche lokale Streifkräfte sollen die Umgegend von Hankau erreicht haben.

Wie die Londoner Blätter melden, telegraphierte der britische Konsul in Hankang nach Shanghai, daß die Revolutionäre behaupten, einen großen Sieg in Hankau errungen zu haben. Sie hätten die Festung eingenommen; alle sinesischen Kriegsschiffe hätten sich zurückgezogen und Ausnahme eines Kreuzers, der sich den Revolutionären angeschlossen habe. — Wie in diesem Sinne das Neutrische Bureau aus Hankau vom 19. Oktober meldet, seien die Revolutionäre siegreich. — Eine weitere Meldung des Neutrischen Bureaus aus Hankau besagt: Bisher sind die Revolutionäre siegreich. Am Mittwoch zwangen sie die Kaiserlichen, sich auf ihr Lager zurückzuziehen. Im Nachmittag eröffneten die Kanonenboote das Feuer, aber sie schossen zu weit. In der Nacht wurden die Kanonenboote vertrieben und nahmen eine feste Stellung ein. Donnerstag rüdten 5000 Aufständische vorwärts gegen das Lager der Kaiserlichen vor; sie verbrannten Hunderte von Hütten, in denen feindliche Schützen eine Deckung hätten finden können. Der Widerstand, dem sie begegneten, war ziemlich schwach. Die Kanonenboote gaben nur wenige nutzungslose Schüsse ab. Das Lager der Kaiserlichen wurde verlassen und von den Revolutionären besetzt, die Seite und sechs Waggonsladungen Gepäck und Munition verbrannten, die von den Kaiserlichen zurückgelassen waren. Die Regierungstruppen gegen sich haben Meilen vom alten Lager zurück, in dem jetzt die Revolutionäre verkehren sind. Die Kanonenboote sind fluchtartig gefahren.

Der sinesischen Gesandtschaft in Berlin ist eine Devische des Reichstages eintriefen, wonach die Aufständischen erheblich geschlagen und die sinesische Marine siegreich sind. Kriegsminister General Jinchang beabsichtigt, wie aus Peking erbracht wird, zeitweilig sein Hauptquartier in Simpingtschi zu nehmen und nach dem Eintreffen der vierter Division weiter südwärts zu rücken. (Siehe auch unter: „Letzte Telegramme“.)

Deutsches Reich.

Die Songverhandlungen. Im französischen Ministerat erörterte am gestrigen Freitag der Minister des Auswärtigen des Selbes die auswärtige Lage und bemerkte, daß die französisch-deutschen Unterhandlungen einen befriedigenden Fortgang nähmen. Nach Beendigung des Ministerats telegraphierte der Minister des Selbes an den Volschatter Cambon in Berlin Instruktionen bezüglich der Fortsetzung der Verhandlungen. Da diese in den letzten Tagen einen beträchtlichen Fortschritt gemacht hätten, so hoffe man an einem verhältnismäßig nahen Zeitpunkt zu einer Lösung zu kommen. — Man glaubt in Paris, daß der 7. November endgültig für die Zusammenberufung der französischen Kamern gewöhlt ist.

Bei Redaktionschluss wird uns noch aus Paris erbracht: Die „Agence Havas“ ist ermächtigt, zu erklären, daß die in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Einzelheiten betreffend den Gang der Verhandlungen über den deutsch-französischen Gebietsaustausch vollkommen unbegründet sind.

Der Kaiser in Bonn. Der Kaiser besichtigte am 19. c. in Maria-Rauch mit besonderem Interesse in der Pils die Wollspinn, die in Hildorf hergestellt worden sind.

Bei der Abendtafel im Palais Schaumburg lag der Kaiser zwischen der Prinzessin Viktoria und Freiherren v. Rheinbaben. Außer den Genannten war geladen der Regierungsrath in Wien Dr. Steinmeier. Beim Tafelzug empfing der Kaiser den bisherigen Rektor Geheimrath Jora und den neuen Rektor Geheimrath Kitzner, der die Mitglieder des hiesigen Ausschusses vorstellte. Der Vorsitzende des Ausschusses hielt eine Ansprache an den Kaiser. Der Tafelzug, der die Koblener Straße heraufgenommen war, führte nach dem Defilieren vor dem Kaiser am Rheinufer zurück. Am Freitag morgen kurz nach 9 Uhr trat der Kaiser in der gleichen Begleitung wie am Donnerstag wiederum eine größere Automobilfahrt an, die am Nachmittag in Piesen endete. Seine Majestät der Kaiser trat um 10 1/2 Uhr im Automobil in Wien ein. Er wurde von hiesigen und Wienern in Wien im Alterkammer. Dann fuhr der Kaiser nach Danau. Er wohnte hier der Entfaltung des Kaiserbrunnens bei, der ein Werk des hiesigen Bildhauers Wilhelm Hoffender und des Geheimen Oberbauers Wilhelm Schreiner ist, und verließ nach fünfjähriger Aufstellung den reich geschmückten Ort. Eine weitere Meldung aus Piesen (Wofel) sagt: Die Automobilfahrt des Kaisers führte über Gutsirsen, Müntersfeld, Blankenheim, Schmidtheim, Stadthof, Gilsenheim, Dreis, Döberitz, Gersleben, Brinn, Schöndorf, Walberg, Hüllberg, Eisenhütten, Groß-Vittem, Wittlich, Bernsdorf nach Piesen, wo der Kaiser um 5 Uhr 45 Minuten eintraf. Ein längerer Aufenthalt war in Brinn und Hüllberg. Der Kaiser wurde überall herzlich begrüßt. Das Wetter war schön. Auf Schloss Piesen war Abendspektakel bei 9 Uhr 15 Minuten. Die Preise im Sonntagszug erfolgte abends 10 Uhr nach Wapport, wo der Kaiser heute um 10 Uhr 40 Minuten eintraf.

* Prinz August Wilhelm. Wie mitgeteilt wird, wird Prinz August Wilhelm in auch in der nächsten Zeit seine Beschäftigung in Potsdam betreiben. Die Mitteilung, daß Prinz August Wilhelm seinen Wohnsitz in ein Arbeitsfeld nach Köpenick verlegen wolle, wo er für einen höheren Regierungsposten ansetzen konnte, trifft demnach nicht zu. Das Gerücht von seiner Verlegung dürfte durch den Ausbruch des Frühlingsschlusses entstanden sein, der augenblicklich borgekommen wird. Der Ausbruch des Schlusses ist aber schon seit längerer Zeit notwendig geworden und sieht mit der Zukunft des Prinzen August Wilhelm in keinem Zusammenhang.

* Eisenbahn-Einnahmen. — Wagenmangel. Die Nordb. Allg. B. G. schreibt: Die Betriebseinnahmen der preussischen Eisenbahnen betrugen im September gegenüber demselben Monat des Vorjahres um 10 Prozent mehr, oder 37 Millionen Mark, gleich 6,65 Prozent, und aus dem Güterverkehr 12 Millionen Mark, gleich 9,86 Prozent, ungeachtet einfaches der Einnahmen aus den sonstigen Quellen 16,9 Millionen Mark, gleich 9,08 Prozent mehr. Die Zahl der Sonn- und Feiertage war in beiden Jahren gleich. Die außerordentlich hohe Zahl der Einnahmen aus dem Güterverkehr entspringt zu einem beträchtlichen Teile dem Verkehr, der der Eisenbahnverwaltung infolge der Lohndrängung der Schiffe durch den ganz ungewöhnlich niedrigen Wasserstand zugefloßen ist und noch zuströmt. Diese Transporthäufen größtentheils über sehr weite Strecken und nehmen den Wagenpark weit mehr in Anspruch, als es bei den gewöhnlichen Umständen der Fall ist. Daraus erklärt sich auch hauptsächlich der bedeutende Wagenmangel, der trotz aller Vorkehrungen, mit großen Kosten betriebenen Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung für den Augenblick besteht. Daß die Eisenbahnverwaltung aber mit ihrem Wagenpark vollständig im Mangel ist, davon ist 10 Prozent der Wagen, die für den Betrieb notwendig sind, nicht vorhanden waren, die zur Bewältigung des Verkehrs getroffen wurden.

* Das Urteil im Weterprozeß. In dem Weterprozeß gegen den Gutsbesitzer Weter wurde gestern abend 6 Uhr das Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Verleitung in drei Jahren zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt, in zwei weiteren Fällen freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt, soweit die Beurteilung erfolgt ist, der Angeklagte, im übrigen die Staatskasse. In der Urteilsverurteilung wurde dem Angeklagten in dem Falle Gaewert der Schutz des § 193 verweigert, ebenso in dem Falle der Verwaltungsfrage, wo er die Richter als bedrohend und den Nebenkläger Landrat Freiherrn v. Walsbahr als politischen Agenten des agrarischen Demagogismus bezeichnet hat. Sonst wurde ihm der Schutz des § 193 verweigert. Als Strafmaß wurde angeordnet, daß die Belastigungen nicht etwa in der Höhe des Wahlkampfes gefällig waren, sondern nachvollziehbar erst nach acht Jahren erhoben werden dürfen. Andererseits wurde dem Angeklagten zugute gehalten, daß er aus der Erregung heraus gehandelt habe, auch daß er leicht erregbarer Natur sei und daß die politischen Kämpfe ihn erbittert hätten.

Deutscher Reichstag.

193. Sitzung vom 20. Oktober, 1 Uhr.
Am Vorkonferenztag: Die erste Lesung der Vorlage über die Privatrentenversicherung wird fortgesetzt.

Abg. Trimborn (Hr.): Der Entwurf bringt die Ergänzung und Krone der ganzen Versicherungsangelegenheit und zugleich ein wesentliches Stück Mittelstandspolitik. Wir werden alles tun, um die Vorlage noch in diesem Sessionenjahr zur Annahme zu bringen. Dabei verstehen wir uns nicht, daß wir den Entwurf im großen und ganzen zu übernehmen müssen, wie er uns vorliegt, und empfehlen deshalb auch den beteiligten Privatangehörigen, mit ihren Wünschen nach zu halten. Daß die Leistungen der neuen Versicherung entfallen, haben wir bisher bei jeder Beratung erklärt. Aber die hiesige Meinung des Reichstages hat sich zu entscheiden. Anders als mein früheres Geleitwort schließt, bezieht sich die Kommission, die die Versicherungsordnung beraten hat. (Beifall rechts.)

Abg. Herr v. Nitschhorn (kon.): Wir sind der Bedeutung der Vorlage für die neue Session bedingt. Die Folgen dieses neuen Gesetzes sind jetzt nicht zu übersehen. Das was der Arbeiter werden wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Aber das schließt für die den Mittelstand nicht aus. Weides nebenander bedingt, heißt im Geiste der Allerhöchsten Reichstag wirken. (Sehr wahr!) Bisher haben die Interessen zusammengefallen, dieses Werk zu führen. Möge es so bleiben. Deshalb will ich auch in möglichst vernehmlicher Weise den Angehörigen hier richtig zu schreiben, wird eine schwierige Aufgabe sein. Eine wesentliche Erhöhung der Beiträge über die Vorlage hinaus wird kaum möglich sein. Wer werden mit dem größten Eifer mitarbeiten, um das Zustandekommen der Vorlage zu fördern. Bei Kommissionsberatung sind wir gern einverstanden. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soj.): Die Zahl der Gegner dieser Vorlage hat sich vermehrt. Möge aber die prinzipielle Gegnerlichkeit nicht zu sehr zur Geltung kommen. Der Anschlag auf die Arbeiterrentenversicherung hätte höhere Leistungen ermöglicht. Warum diese Herabsetzung in der Organisation? Die freiwillige Versicherung der Angestellten, die dem Versicherungsgesetz nicht unterworfen sind, ist in der Ordnung möglich. Man glaube aber nicht, daß die Versicherung irgend jemand einmündig. Das Angebot der Lebensversicherungs-Gesellschaften würde eine Umwälzung der Grundlagen des Entwurfs bedeuten. Diese Vorläge können aber zu spät. Nun sagt man: Selbst für den Mann. Aber die freie Entfaltung der Persönlichkeit wird hier nicht erreicht. Die Lebensversicherungs-Gesellschaften aber, die jetzt so lebhaft gegen die Vorläge kämpfen, sehen zu schwarz, und Dr. Tille hat kein Recht, von Parlamentarier zu sprechen, die wir jetzt angeschlossen wollen. Man übersehe auch nicht, daß hier ein Reichsausschuß nicht in Frage kommt. Wenn durch den Ausbau der Rentenversicherung der Gehalts des gemeinen Arbeiters höher angeheben werden soll, haben wir keinen Anlaß, diesen Vorläge anzuerkennen. Aber die finanzielle Seite der Frage ist nicht zu übersehen.

Abg. Dr. Wundt (fortsetz.): Dieser Entwurf bedeutet für die verbündeten Regierungen den Zugang der Altersrente in der Arbeiterrentenversicherung im Jahre 1918 auf 66 Jahre herabzusetzen. Wir haben die Lebensversicherung aber, die den selbständigen Handwerk, dem Gewerbetreibenden und den hochgelohnten Arbeiter zugänglich zu machen. Die Wiederherstellung der Beiträge finden wir wesentlich. Wenn freilich ein Stand wie der Bergarbeiter den Wunsch äußert, nicht inhaltlich verkehrt zu sein, so sollte man dem Wunsch trauen.

Abg. Frau (Hr.): Wir sehen in der Privatrentenversicherung eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. So amiet der Entwurf den Geist der modernen sozialen Empfindung. In der Frage der Altersrente nimmt die Mehrheit meiner Freunde für die Vorläge. Der Gehalt der Einzelheitigkeit mag zu etwas hohe Forderungen haben, aber alle Erleichterungen können wir nicht ausbleiben.

Abg. Sarantus (Soj.): Wir erfüllen eine soziale Pflicht, wenn wir der Vorlage zustimmen.
Abg. Naab (Hr.): Es ist nicht zu bestreiten, daß in Mittelstandskreisen Abneigung gegen die Fortführung der Sozialpolitik besteht. Es wäre verfehlt, auf diese Abneigung zu schließen. Der Mittelstand sieht sich eben als Nebenbuhler und die Abnahme des selbständigen Mittelstandes soll ungewisselt zu denken. Deshalb arbeiten wir an dem Gesetz doch gern mit und sind insbesondere für Errichtung der Sonderklasse. Die sozialen Beiträgen von Versicherungs-Gesellschaften auf Durchführung der Vorläge müssen wir zu Gunsten der Arbeiter zu denken. Die Sozialversicherung kann als abgetaner Gesichtspunkt gelten. Der ich wie Abg. Schmidt noch mit besonderem Eifer vertritt, kommt in der Verhandlung, diese Versicherung stützen zu wollen. Das Ansehen der Versicherungs-Gesellschaften, die das Geschäft zu nächst 10 Jahre machen wollen und dann am liebsten eine Tarifrevision vorschlagen möchten, ist in der Sozialversicherung noch stärker zurückgegangen. Vergessen wir aber nicht den hohen Mittelstand. Schützen wir ihn vor unzulässiger Selbstverleugung. Dann wird er gern die neuen Vorkommen mitübernehmen. (Beifall.) Die Erörterung schließt. Die Vorlage geht an die beantragte Kommission.
Sonnabend 11 Uhr: Sozialgerichtschof, keine Aktien.
Schluß 1/2 Uhr.

Zusland.

Phantasien über den Eschab von Perien.
In Afghanistan ist aus Fehran das Gerücht verbreitet worden, der frühere Schah sei heimlich aus Semehitapo nach Afghanistan geflohen. Die Nachricht wird mit phantastischen Einzelheiten über das Tageloh des Schahs ausgeschmückt, das in Afghanistan den Regierungstruppen angeblich in die Hände gefallen sei und ungenutzte, kostspielige Privatbesitzungen. Die Regierungstruppen befinden sich aber gar nicht in Afghanistan, und es erweist sich alles als absurde Färbung. Der frühere Schah verbleibt an der Grenze Periens und ist nicht abgereist.

Morocco.

Nach Meldungen aus Melilla griffen die eingeborenen Stämme von Raos Rosen in der Gegend von Bu Scherif an und töteten eine Schildwache, während sie zwei weitere Soldaten ver wundeten. — Spanische Truppen sind von Selhan abgegangen, um gegen die Stämme der Beni Yuyagi, Beni Umir und Beni Tegianat einen Streifzug zu unternehmen. Die Stämme leisteten nur einen schwachen Widerstand und erlitten starke Verluste, während auf spanischer Seite nur zwei Mann ver wundet wurden. Amlich wird aus Tangar gemeldet, daß Oberstleutnant Silderic am 19. cr. von Elkar nach Argila gereist ist, um mit Raifuli Elkar betreffende Verwaltungsfragen zu besprechen.

Zus Nah und Fern.

Unfall an Bord des Dampfschiffs „Äthiopien“. Nach einer Meldung aus Wilhelmshaven wurde durch vorzeitige Entzündung einer fünfzigcentimeter-Kanone an einem Geschütz während einer Schießübung auf dem hiesigen „Äthiopien“ der Geschützführer leicht und die Matrone Dapp und Marzina schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.
Ueberführung der hiesigen Hebräer Frau Nissan nach Wuhape? Die in Wuhape lebenden Verwandten Frau Nissan haben sich an die Regierung mit einer Eingabe gewendet, daß die hiesigen Hebräer des großen Tonministers von Weimar nach Wuhape übergeführt werden mögen.
Mahrengeen gegen die Teuerung. In nächster Zeit treffen, wie die „Frankf. Hg.“ berichtet, in Frankfurt a. M. große Kartoffelbestände aus Ost- und Westpreußen für die Eisenbahnbeamten und Arbeiter ein. Es sind allein für Frankfurt 50 Waggons zu je 200 Zentnern bestellt worden. Eine dorige Kartoffelhandlung hat mit der Stadt Offenbach einen Kontrakt auf Lieferung von 18 000 Zentnern Kartoffeln abgeschlossen, welche die Stadt Offenbach zum Selbstkostenpreise abgeben wird.
Ein Dampfer gesunken? Der Dampfer „Segundo del Cerro“, der am 1. September von Wuhape nach Rotterdam abgegangen war, ist bisher an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Er dürfte mit seiner aus 23 Mann bestehenden Besatzung in der Nordsee untergegangen sein.
Der Bau des Kanalwerks in Brandenburg. Das Dach und die Mauern für den Kanalwerk sind schnell gefordert worden. Aus den Trümmern zog man zwei Tote, zwei Schwere und einen Leichtverletzten.
Der Bau des Kanalwerks in Düsseldorf. Der Bau des Kanalwerks in Düsseldorf ist durch die hiesigen Behörden beschleunigt.

Der von Mäusern überfallene und entführte griechische Bischof von Grewena, Emilianus, wurde samt seinem Bilar, einem Schiffslenker, einem Kausen und einem Diener eine Stunde von Grewena entfernt ermorbt aufgefunden.

Der Schulmann der Textilindustrie in Wöhrn hat in den letzten zwei Tagen an Ausdehnung zugenommen, da auch ein großer Teil der Arbeiterkraft in den Betrieben des Königinhofer Bezirkes in den Zustand getreten ist. Die Verhandlungen, welche in Wöhrn zwischen Unternehmern und Arbeitern gepflogen werden, haben infolge zu einem positiven Resultate geführt, als im Prinzip eine Vorkonferenz in Aussicht gestellt wurde.

Der Tabak in Paris. Die Pariser künftige Kommission für Hygiene hat unter dem Vorsitz von Professor Roux vom Kaiser-Institut beschlossen, der Pariser Bevölkerung zu empfehlen, nur abgekochtes Tabakrauch zu genießen, weil infolge Erkrankungen infolge des Rauchens von Bacter aus der Bacter-Verfälschung festgestellt worden sind.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Zu dem Altstadter eines Schülers auf seinen Lehrer in Magdeburg.
Der Oberstarke Koch, der den Oberstarke Jüner durch einen Mordverbrechen in Magdeburg verurteilt wurde, ist jetzt aus dem Kronenhaus entlassen und sofort in Unterhaft genommen worden.

— I. Zergau, 20. Okt. (Die Eisenburger Diebstahnde.) Ein Diebstahl. Die in Eisenburg festgenommene Diebstahnde, welche sich in Eisenburg in das hiesige Gerichtsgefängnis eingelassen. Die noch in jugendlichen Alter stehenden Burden haben bekanntlich in ihrem Wohnort Eisenburg eine große Reihe von Einbruchsdiebstählen verübt. Heber die Straflosen dürfen die Geschworenen abzuurteilen haben. — Der hier in der Reuthe wohnende Arbeiter Strickwitz hat bei einem Streich mit seiner Ehefrau diese bestrafte mit einem Stuhl über den Kopf geschlagen, daß die Frau einen Schädelbruch und eine leichte Gehirnerschütterung davontrug. Der Obmann wurde in Haft genommen; nach Feststellung des Tatbestandes aber wieder aus derselben entlassen.

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 20. Okt. Angekommen: „Sausa“ am 19. Okt. in Philadelphia. „Taddi. S. 90“ am 19. Okt. in Hankau. „Biet“ am 19. Okt. in Wilhelmshaven.

Landwirtschaftliches.

Nach den amtlichen Veranlagungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.
Umlaufvermögen. Die Gewerkschaft „Evo“ und die Bergbau-Gesellschaft Steuben, W. u. B. zu Berlin, beschäftigen sich mit der Umgestaltung der Eisenbahn zur Veranlagung von Rohstoffen auf Schmelz- und Zementwerke zu errichten. Einige Einwendungen gegen das Unternehmen sind bis zum 28. Oktober d. J. bei dem hiesigen Landrat zu Eisenburg anzubringen. Die Kammer fordert alle Anteilhaber, welche am unteren Lauf der Saale und Elbe liegen und voranschicklich durch die Einführung der Anlagen in die Saale geschädigt werden, insbesondere die Fischer, die Bauwirtschaft, die Arbeiter aus diesen Anlagen zur Veranlagung abstellen, sowie die Zuckerfabriken, Brennereien usw., die es zu ihrem Betriebe als Rohstoffe usw. gebrauchen, auf, gegen das Angebotsgesetz rechtlich Einwendung zu machen und der Kammer von beiden umgekehrt schriftlich bekannt zu machen über die zu erfüllenden Bedingungen, wenn unterrichtet ist und gegebenenfalls im Genehmigungsverfahren die Interessen der Geschädigten mit vertreten kann.
Unterrichtsstunden in Weizelgüldt. Am Montag, den 20. November d. J., vormittags 9 1/2 Uhr beginnt in der Zentral-Unterrichtsanstalt in Weizelgüldt die Herbst-Unterrichtsstunden in Weizelgüldt mit besonderer Berücksichtigung der Maß. Vernehmung des Schiedsrichters für den Herbst und Winterberaubung des Weizelgüldt. Der Kursus dauert bis Sonntag, den 28. November, mittags 12 Uhr. Hauptlehrer ist Herr Franke, 2. Lehrkraft und Hilfslehrer Herr v. Landwirth, beide in Weizelgüldt. Die Teilnahme daran ist kostenfrei.
Die Zentralverordneten in Weizelgüldt. Die alljährlich abzuhaltende Zentralversammlung aller angehörenden landwirtschaftlichen Vereine in Weizelgüldt wird am Donnerstag, den 16. November d. J., vormittags 11 Uhr im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgesäßes der Kammer stattfinden.

Letzte Telegramme.

Konkision des Torpedoverwundungsschiffs „Friedrich Karl“ mit einem dänischen Segler.
Aet, 21. Oktober. Das Torpedoverwundungsschiff „Friedrich Karl“ kollidierte gestern nachmittags bei Friedrichsort infolge Nebels mit dem dänischen Segler „Adele“ aus Marstal. Der Segler hätte seinen Besatzung ein und mußte infolge in Hüllena eingesperrt werden.
Schillerstreit.
Wien, 21. Oktober. In Sugana in der Bukovina sind die Schüler aller acht Klassen des Gymnasiums in den Streit getreten. Der angegebene Grund ist Arbeitsüberdrehung.
Anstehende Strafen in einem Regiment.
Wien, 21. Oktober. Unter der Mannschaft des 57. Infanterie-Regiments in Stanislaus in Galizien haben die anstehenden Strafen derart überhand genommen, daß das Regimentskommando eine strenge Untersuchung eingeleitet hat.
Der tripolitanische Krieg und die Kirche.
Rom, 21. Okt. Der „Messagere Romano“ schreibt: Mehrere Blätter, die sich zu den katholischen nehmen, sowie mehrere Redner, Geistliche wie Laien, äußerten sich in Beziehung des italienisch-türkischen Konflikts auf eine Art und Weise, die fast an einen heiligen Krieg glauben läßt, der im Namen und mit Unterstützung der Religion und der Kirche unternommen wäre. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß der Heilige Stuhl nicht zu seine Verantwortlichkeit für diese Angelegenheit übernimmt, sondern sie nicht billigen kann und sie bedauert, da er außerhalb des gegenwärtigen Konflikts bleiben muß.
Die Revolution in China.
Peking, 21. Okt. Oestern wurde im hiesigen Amtsbüro ein Bericht des Generals Jünghang veröffentlicht, der nach keine Nachrichten über den Kampf bei Hankau am letzten Mittwoch enthält. Er merkt aber, daß die Kämpfe in Hankau vom 22. Regiment zweimal zurückschlagen wurden. Sie bereiteten die Beteiligung von Wutiansang und Hankau vor, wurden aber geschwächt durch Desertionen. Jünghang beschließt, Präliminarien zu erlassen, in denen er benennt, die sich ergeben und die Waffen niederlegen, werden beschließt.

